

REINHARD GIESEN

Die Anknüpfung des
Personalstatuts
im norwegischen und
deutschen internationalen
Privatrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

235

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

235

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Reinhard Giesen

Die Anknüpfung des Personalstatuts
im norwegischen und deutschen
internationalen Privatrecht

Mohr Siebeck

Reinhard Giesen, geboren 1973; Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen, Potsdam, Oslo und Berlin; 2009 Promotion; seit 2007 Richter im Landgerichtsbezirk Lübeck.

e-ISBN PDF 978-3-16-151420-3

ISBN 978-3-16-150125-8

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind bis Anfang Februar 2009 berücksichtigt. Die Gesetzgebung wurde auf dem aktuellen Stand zugrunde gelegt.

Für die Betreuung der Arbeit danke ich sehr herzlich Herrn Professor Dr. Dieter Martiny, Frankfurt (Oder), und für die Erstellung des Zweitgutachtens Herrn Professor Dr. Martin Gebauer, Tübingen. Für die Möglichkeit zu Gesprächen zum norwegischen Recht danke ich Herrn Professor Dr. Helge J. Thue und Herrn Professor Dr. Torstein Frantzen, Bergen. Herrn Ministerialrat Dr. Rolf Wagner, Bundesministerium der Justiz, danke ich für Hinweise mit Blick auf die europäische Entwicklung des internationalen Privatrechts.

Den Direktoren des Max-Planck-Instituts bin ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe zu Dank verpflichtet. Reisestipendien gewährten der Norwegische Forschungsrat, die E.on-Ruhrigas-Stiftung und die Juristische Fakultät der Universität Bergen.

Lübeck, im Dezember 2009

Reinhard Giesen

Inhaltsübersicht

Einleitung.....	3
Erster Teil: Grundlagen.....	7
1. Kapitel: Die Anknüpfung des Personalstatuts in der Geschichte	9
2. Kapitel: Die Quellen des internationalen Privatrechts.....	21
3. Kapitel: Kollisionsrechtliche Methode.....	51
Zweiter Teil: Anknüpfungskriterien	75
4. Kapitel: Die Verwirklichung des Heimatprinzips.....	77
5. Kapitel: Die verschiedenen Anknüpfungsbegriffe.....	107
6. Kapitel: Der Einfluss der allgemeinen Lehren	159
Dritter Teil: Anknüpfungsgegenstände	203
7. Kapitel: Internationales Personenrecht	205
8. Kapitel: Internationales Familienrecht	223
9. Kapitel: Internationales Erbrecht	279
Zusammenfassung.....	311

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	3
 Erster Teil: Grundlagen.....	 7
 <i>1. Kapitel: Die Anknüpfung des Personalstatuts in der Geschichte</i>	 <i>9</i>
A. Das System der persönlichen Rechte	9
B. Territorialisierung des Rechts	10
C. Die Statutentheorie	11
D. Das Entstehen nationaler Kollisionsrechtsordnungen	12
E. Beibehaltung der Anknüpfung an den Wohnsitz in Norwegen	14
I. Historische Weitsicht oder provinzielle Nachlässigkeit?.....	14
II. Fehlende Voraussetzungen für die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	15
1. Keine neuzeitliche Zivilrechtskodifikation.....	16
2. Kein geeigneter Staatsangehörigkeitsbegriff	18
 <i>2. Kapitel: Die Quellen des internationalen Privatrechts</i>	 <i>21</i>
A. Einheitliches Kollisionsrecht	21
I. Skandinavisches internationales Privatrecht	21
1. Nordische Familienrechtskonvention	22
2. Nordische Nachlasskonvention	26
3. Gemeinsame Charakteristika der IPR-Konventionen.....	27
a) Anknüpfungsmodus.....	27
b) Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	28
c) Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen.....	29
4. Bedeutung des einheitlichen Kollisionsrechts	30

II. Einheitliches IPR der Europäischen Union	32
1. Begründung einer Rechtssetzungskompetenz der Union.....	32
2. Entstehen eines einheitlichen europäischen Kollisionsrechts.....	34
3. Bedeutung des einheitlichen Kollisionsrechts.....	36
4. Die Entwicklung eines gemeinsamen Rechtsraums im Zeichen der Freizügigkeit der Unionsbürger.....	38
a) Anerkennung von Statusverhältnissen und Rechtslagen	38
b) Diskriminierungsverbot, Unionsbürgerschaft und Staats- angehörigkeitsanknüpfung	41
c) Universeller oder Binnenfokus des gemeinschaftsrechtlichen Kollisionsrechts?	43
B. Weitere Quellen des norwegischen IPR	44
I. Internationale Übereinkommen.....	44
II. Gesetzesrecht	45
III. Gesetzesvorarbeiten	45
IV. Verwaltungsvorschriften	46
V. Gewohnheitsrecht.....	46
VI. Rechtsprechung	47
1. Richterrecht im IPR	47
2. Irma-Mignon-Urteil	49
VII. Wertungsgesichtspunkte („reelle hensyn“)	50
 3. Kapitel: Kollisionsrechtliche Methode	51
A. Typenbildung oder Individualisierung?.....	51
I. Bedeutung der engsten Verbindung im norwegischen Recht.....	51
1. Die individualisierende Methode in der Rechtsprechung	51
2. Die individualisierende Methode in der Rechtslehre.....	54
II. Deutsches Recht.....	56
III. Vergleich	57
B. Interessen und Wertungen.....	59
I. Norwegisches Recht.....	59
1. Skandinavischer Rechtsrealismus und IPR	60
a) Realismus in Torstein Eckhoffs Rechtsquellenlehre.....	60
b) Realismus im IPR?	62
2. Wertungsgesichtspunkte im norwegischen IPR	63
II. Deutsches Recht.....	65
III. Vergleich	67
C. Einfluss des Sachrechts auf die kollisionsrechtl. Entscheidung	68
I. Norwegisches Recht	68
1. Anwendung des materiell „besseren“ Rechts.....	68
2. Eingriffsnormen.....	69
3. Korrekturen bei der Anwendung des materiellen Rechts	70

II. Deutsches Recht.....	70
1. Internationalprivatrechtliche vor materiell-rechtlicher Gerechtigkeit	70
2. Durchbrechungen.....	72
III. Vergleich	73
 Zweiter Teil: Anknüpfungskriterien	75
 4. Kapitel: Die Verwirklichung des Heimatprinzips	77
A. Die Konzeption eines einheitlichen Personalstatuts	77
I. Die begrifflichen Auffassungen von Personalstatut	77
II. Die Bedeutung des Personalstatuts als Gruppenbegriff.....	79
1. Deutsches Recht	79
2. Norwegisches Recht	82
B. Die Verwirklichung des Heimatprinzips	83
I. Begriff des Heimatrechts.....	83
II. Gründe für die Anwendung des Heimatrechts.....	85
1. Engste Verbindung des Sachverhaltes.....	85
2. Höhere Kontinuität von Statusverhältnissen und Rechts- beziehungen.....	86
3. Die vernünftigen Erwartungen der Parteien.....	87
a) Die Lehre von Helge J. Thue	87
b) Kritik und Abwandlung	89
III. Eingrenzung des kollisionsrechtlichen Heimatbegriffs	92
1. Subjektivität und Relativität des allgem. Heimatbegriffs.....	92
2. Vereinfachungen im Hinblick auf die Bestimmung der „rechtlichen Heimat“	93
a) Numerus clausus der Heimatrechte.....	94
b) Numerus clausus der Anknüpfungspunkte	95
IV. Nähere Erfassung des kollisionsrechtlichen Heimatbegriffs.....	98
1. Faktoren der menschlichen Anpassungsfähigkeit	99
a) Normativ-altersbezogene Faktoren	99
b) Evolutionsgeschichtliche Faktoren	100
c) Nicht-normative Faktoren.....	101
2. Folgerungen für den kollisionsrechtlichen Heimatbegriff.....	101
3. Zusammenfassung	103
V. Leitbilder der Ausländerpolitik	104
1. Kollisionsrechtliche Anknüpfung und „Staatsräson“	104
2. Wohnsitzanknüpfung als Instrument der Integration von Ausländern?.....	105

<i>5. Kapitel: Die verschiedenen Anknüpfungsbegriffe</i>	107
A. Definitionen der Anknüpfungsbegriffe.....	107
I. Wohnsitz	107
1. Wohnsitzbegriff des skandinavischen IPR.....	107
a) Keine Identität der autonomen Wohnsitzbegriffe	108
b) Gleichstellung mit dem Begriff des gew. Aufenthaltes?	110
2. Wohnsitzbegriff des norwegischen IPR.....	112
II. Gewöhnlicher Aufenthalt	114
III. Staatsangehörigkeit	116
B. Eine übergreifende Begriffsanalyse.....	117
I. Grundlagen einer vergleichenden Begriffsanalyse	118
1. Auffinden eines übergeordneten Begriffs	118
2. Festlegung auf die zu vergleichenden Begriffe	118
3. „Wahlheimat“ und „originäre Heimat“	119
II. Gewöhnlicher Aufenthalt als Mindestanforderung für die Begründung einer Wahlheimat	120
1. Tatsächlicher Aufenthalt	121
2. Daseinsmittelpunkt	122
a) Daseinsmittelpunkt bei begrenzten Aufenthalten	123
b) Aufenthalte, die als unbegrenzte intendiert sind.....	125
c) Aufenthalte, die sich objektiv als unbegrenzt darstellen.....	126
3. Fehlen einer Zwangslage.....	127
III. Weitergehende Anforderungen an Wahl-domizil und Einbürgerung.....	129
1. Der Bleibewille bei der Bestimmung des Wohnsitzes.....	129
a) Die „Verobjektivierung“ des Bleibewillens	129
b) Abweichende Auffassungen.....	130
c) Unterschiede bei der Feststellung des Bleibewillens von Auswanderern und Einwanderern	132
d) Anforderungen an den Bleibewillen von Rückkehrern	133
2. Zusätzliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung	134
a) Einhaltung von Aufenthaltsfristen	134
b) Erfordernis eines Einbürgerungsantrags.....	136
3. Legalität des Aufenthaltes.....	137
4. Erforderlichkeit von „Heimatmündigkeit“.....	138
5. Vergleich der Voraussetzungen von Wahl-domizil und Einbürgerung	140
IV. Die Bestimmung der originären Heimat.....	142
1. Bestimmung der Heimat eines neugeborenen Kindes	142
2. Bestimmung der Heimat einer noch nicht „heimatmündigen“ Person.....	144
3. Vergleich	144

V. Stichentscheid bei multipler Heimat.....	146
1. Bevorzugung der im Forumstaat bestehenden Heimat	147
2. Bevorzugung der „effektiven“ Heimat im Übrigen.....	148
3. Vergleich	149
VI. Vermeidung von Heimatlosigkeit	150
VII. Zusammenfassung.....	151
C. Bewertung der Anknüpfungsbegriffe im Hinblick auf die kollisions- rechtliche Heimat	152
I. Gewöhnlicher Aufenthalt	152
II. Staatsangehörigkeit	153
III. Wohnsitz i.S. des norwegischen IPR	154
D. Möglichkeiten der Neuorientierung und Koexistenz	154
I. Anknüpfung an einen qualifizierten gewöhnlichen Aufenthalt.....	154
1. Statuierung von Aufenthaltsfristen.....	155
2. Flexible Anwendung der Fristenregeln.....	156
3. Differenzierungen im Hinblick auf den Anknüpfungs- gegenstand	156
II. Subsidiäre Anknüpfung	157
III. Parteiautonomie	157
 6. Kapitel: Der Einfluss der allgemeinen Lehren.....	159
A. Qualifikation	159
I. Umgehung durch Methodenwechsel?	160
II. Festlegung des Qualifikationsstatuts.....	161
1. Qualifikation und autonome Auslegung der Systembegriffe.....	161
2. Berücksichtigung der übrigen Tatbestandselemente	162
III. Qualifikation von der lex fori unbekannten Rechtsinstituten.....	164
1. Die „Joint account-Entscheidung“ des Høyesterett.....	164
2. Deutsches Recht	166
IV. Vergleich	167
B. Vorfrage	169
I. Selbständige Anknüpfung der Vorfrage.....	169
II. Vergleich	170
C. Renvoi.....	171
I. Die Beachtlichkeit des renvoi (de lege lata).....	171
1. Deutsches Recht	171
2. Norwegisches Recht	172
a) „Baltenland-Entscheidung“	172
b) Renvoi und Notzuständigkeit der norwegischen Gerichtsbarkeit	173
II. Rechtspolitische Rechtfertigung des renvoi	174
1. Verwirklichung des Entscheidungseinklangs.....	174

2. Infragestellung der eigenen kollisionsrechtlichen Entscheidung	177
3. Praktikabilitätserwägungen	179
4. Erwartungen der Parteien	180
III. Neujustierung des geltenden norwegischen Rechts?	181
1. Rückverweisung	181
2. Weiterverweisung	183
3. Stellungnahme	183
IV. Vergleich	184
D. Fraus legis	186
I. Voraussetzungen der fraus legis	186
II. Manipulationen im Hinblick auf das Anknüpfungsmerkmal	188
III. Vergleich	189
E. Ordre public	190
I. Die Beachtlichkeit des ordre public	191
1. Norwegisches Recht	191
a) Gesetzesrecht	191
b) Polygamie-Entscheidungen	191
2. Deutsches Recht	193
II. Die Voraussetzungen für das Eingreifen des ordre public	194
1. Ergebniskontrolle	194
2. Inlandsbezug	195
3. Wertemaßstab	196
III. Die Rechtsfolge des Eingreifens des ordre public	199
IV. Vergleich	199

Dritter Teil: Anknüpfungsgegenstände 203

7. Kapitel: Internationales Personenrecht	205
A. Rechtsfähigkeit	205
I. Beginn und Ende der Rechtsfähigkeit	205
II. Lebens- und Todesvermutungen	206
III. Todeserklärung	207
IV. Vergleich	208
B. Geschäftsfähigkeit	208
I. Regel	208
II. Verkehrsschutz	209
III. Entmündigung	210
IV. Vergleich	211
C. Name	212
I. Namensstatut	212

1. Objektive Anknüpfung.....	212
a) Registrierung des Namens eines zugezogenen Immigranten	213
b) Anknüpfung der Vorfrage.....	216
c) Namensänderung.....	216
2. Beachtung des ordre public.....	217
3. Rechtswahl	217
II. Name des Ehegatten bzw. Lebenspartners	218
1. Objektive Anknüpfung.....	218
2. Rechtswahl	219
III. Name des Kindes	219
1. Objektive Anknüpfung.....	219
2. Rechtswahl	221
IV. Vergleich	221
 8. Kapitel: Internationales Familienrecht	223
A. Verlobung und Verlöbnis.....	223
B. Eheschließung	224
I. Materielle Voraussetzungen der Eheschließung.....	224
1. Objektive Anknüpfung.....	224
2. Beachtung des ordre public.....	225
3. Rechtswahl	226
II. Form der Eheschließung.....	226
III. Fehlerfolgen	226
IV. Vergleich	227
C. Persönliche Ehwirkungen, Ehegattenunterhalt.....	228
I. Persönliche Ehwirkungen	228
1. Objektive Anknüpfung.....	228
2. Rechtswahl	229
3. Verkehrsschutz	229
II. Ehegattenunterhalt	230
III. Vergleich	231
D. Güterstatut.....	231
I. Objektive Anknüpfung.....	231
1. Hauptregel	231
2. Subsidiäre Anknüpfung.....	233
3. Eheverträge.....	235
II. Unwandelbarkeit	235
1. Die Unwandelbarkeit des Güterstatuts	235
2. Rechtspolitische Diskussion.....	236
a) Norwegisches Recht	236
b) Deutsches Recht	239
III. Gütereinheit	239

IV. Rechtswahl	240
1. Deutsches Recht.....	240
2. Norwegisches Recht.....	241
a) Skandinavisches Recht	241
b) Nicht vereinheitlichtes Recht.....	241
c) Neujustierung des geltenden norwegischen Rechts?.....	243
d) Mögliche inhaltliche Ausgestaltung des Wahlrechts	244
e) Abschließende Einschätzung	246
V. Verkehrsschutz.....	248
VI. Vergleich	248
E. Trennung und Ehescheidung, Geschiedenenunterhalt.....	251
I. Ehescheidungsstatut	251
1. Norwegisches Recht.....	251
2. Deutsches Recht.....	253
a) Objektive Anknüpfung	253
b) Rechtswahl	254
II. Geschiedenenunterhalt	255
1. Objektive Anknüpfung.....	255
a) Norwegisches Recht	255
b) Deutsches Recht	256
2. Rechtswahl	257
III. Vergleich	257
F. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	259
G. Eingetragene Partnerschaft/gleichgeschlechtliche Ehe	260
I. Begründung der eingetragenen Partnerschaft/Schließung der gleichgeschlechtlichen Ehe.....	260
II. Wirkungen der eingetragenen Partnerschaft/gleichgeschlecht- lichen Ehe	262
1. Güterrechtliche Wirkungen	262
2. Sonstige Wirkungen.....	262
3. Die Kappungsregelung des Art. 17b Abs. 4 EGBGB	263
III. Auflösung der eingetragenen Partnerschaft/Scheidung der gleichgeschlechtlichen Ehe.....	264
IV. Vergleich	264
H. Kindschaftsrecht	265
I. Abstammung	265
1. Norwegisches Recht.....	265
a) Vaterschaftsanerkennung und gerichtliche Vaterschafts- feststellung	265
b) Abstammung des ehelichen Kindes.....	266
2. Deutsches Recht.....	268
3. Vergleich	270

II. Eltern-Kind-Verhältnis	271
1. Norwegisches Recht	271
2. Deutsches Recht	272
3. Vergleich	272
III. Kindesunterhalt	273
IV. Adoption	274
1. Adoptionsstatut	274
2. Berücksichtigung des Heimatrechtes des Kindes	275
3. Vergleich	276
J. Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft	277
 9. Kapitel: Internationales Erbrecht	279
A. Objektive Anknüpfung	279
I. Erbstatut	279
II. Nachlassseinheit	280
1. Grundsatz	280
2. Materiellrechtliche Vermögensspaltung	281
a) Norwegisches Recht	281
b) Deutsches Recht, Art. 3 Abs. 3 EGBGB	282
3. Kollisionsrechtliche Vermögensspaltung	282
a) Norwegisches Recht	283
b) Deutsches Recht	285
4. Nachlassspaltung infolge des renvoi	286
III. Vergleich	287
B. Fälle des Ehegattenerbrechts	289
I. Fortsetzung des Güterstandes nach dem Tod eines Ehegatten	290
1. Sachrechtliche Regelung	290
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	291
a) Erbrechtliche Qualifikation	291
b) Ehegüterrechtliche Qualifikation	293
3. Vergleich mit deutschen Rechtsinstituten	294
a) Fortgesetzte Gütergemeinschaft	295
b) Vor- und Nacherbfolge	295
c) Voll- und Schlusserbfolge	296
4. Stellungnahme	296
II. Eheverträge auf den Todesfall	297
III. Zugewinnausgleich bei Beendigung des Güterstandes durch Tod	298
C. Rechtswahl	299
I. Rechtswahl des Erblassers	299
1. Deutsches Recht	299
2. Norwegisches Recht	301
a) Auffassung der Literatur	301

b) Mögliche inhaltliche Ausgestaltung des Wahlrechts	303
II. Rechtswahl der Erben?	304
1. Norwegisches Recht.....	304
2. Deutsches Recht.....	305
III. Vergleich	306
D. Gültigkeit eines Testaments	307
I. Testamentsform.....	307
II. Testierfähigkeit	308
 Zusammenfassung.....	 311
Anhang	319
Literaturverzeichnis	323
Stichwortregister	345

Abkürzungsverzeichnis

Norwegische Gesetze erscheinen hier und im Text abgekürzt in *Kursivdruck*.

Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
<i>adl.</i>	Lov om adopsjon (adopsjonsloven) vom 28. Februar 1986 Nr. 8 – Adoptionsgesetz (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 6).
a.E.	am Ende
AEU-Vertrag	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i.d.F. des Vertrags über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (BGBl. II S. 1253), nach der Änderung durch den Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007 (ABl. Nr. C 306/1 vom 17. Dezember 2007).
a.F.	alte Fassung
<i>al.</i>	Lov om arv m.m. (arveloven) vom 3. März 1972 Nr. 5 – Erbgesetz (<i>Ferid/Firsching/Dörner/Hausmann</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 1).
AmJCompL	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I 1977, S. 269).
arg.	argumentum
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz vom 26. Juni 1992 (BGBl. I 1992, S. 1126).
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet vom 30. Juli 2004 (BGBl. I 2004, S. 1950).
Aufl.	Auflage
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet vom 9. Juli 1990 (BGBl. I 1990, S. 1354, 1356), aufgehoben durch Art. 15 Abs. 3 Gesetz vom 30. Juli 2004 (BGBl. I 2004, S. 1950 – Zuwanderungsgesetz) m.W.v. 1. Januar 2005.
<i>avtl.</i>	Lov om avslutning av avtaler, om fuldmagt og om ugyldige viljeserklæringer (avtaleloven) vom 31. Mai 1918 Nr. 4 – Schuldvertragsgesetz.
Bd.	Band
BegrRegE	Begründung zum Regierungsentwurf
ber.	berichtigt
BerDGesVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGBl. S. 195) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I, S. 43).

BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
<i>bl.</i>	Lov om barn og foreldre (barnelova) vom 8. April 1981 Nr. 7 – Gesetz über die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kind (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 5).
BR-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CML Rev	Common Market Law Review
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders., dies.	derselbe, dieselbe, dieselben
d.h.	das heißt
Diss.	Dissertation, doktoravhandling
DNotI	Deutsches Notarinstitut
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch i.d.F. der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, ber. 1997 I, S. 1061) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 1).
EG-Vertrag	Römischer Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766) i.d.F. des Vertrags von Nizza vom 26. Februar 2001 (BGBl. II S. 1667).
Einl.	Einleitung
<i>el.</i>	Lov om ekteskap (ekteskapsloven) vom 4. Juli 1991 Nr. 47 – Ehegesetz (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 4).
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685, 953, 1954 II S. 14).
endg.	endgültig
ESÜ	Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen vom 13. Januar 2000 (BGBl. 2007 II, S. 323) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 20).
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuEheGVVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 vom 27. November 2003 (Abl. EG Nr. L 338, S. 1) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 162).
EuEheVO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 im Hinblick auf die Zuständigkeit in Ehesachen und zur Einführung von Vorschriften betreffend das anwendbare Recht in diesem Bereich vom 17. Juli 2006, KOM (2006) 399 endg. (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 33).

EuErbRVO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses vom 14. Oktober 2009, KOM (2009) 154 endg.
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 (BGBl. 1972 II, S. 774) i.d.F. des 4. Beitrittsübereinkommens vom 29. November 1996 (BGBl. 1998 II, S. 1411) (<i>Jayme/Hausmann</i> , 10. Aufl., Nr. 150).
EuGVVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 22. Dezember 2000 (Abl. EG 2001 Nr. L 12, S. 1) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 160).
EuStA-Übk.	Straßburger Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit vom 6. November 1997, Gesetz vom 13. Mai 2004 (BGBl. II, S. 578) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 273).
EuUnterhVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen vom 18. Dezember 2008 (Abl. EU Nr. L 7, S. 1).
EuUnthVO-E	Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates über die Zuständigkeit und das anwendbare Recht in Unterhaltssachen, die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen und die Zusammenarbeit im Bereich der Unterhaltspflichten vom 15. Dezember 2005, KOM (2005) 649 endg. (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 161).
EuVerfV	Vertrag über eine Verfassung für Europa (CIG 87/04) vom 6. August 2004 (nicht in Kraft getreten).
EU-Vertrag	Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (BGBl. II S. 1253) i.d.F. des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007 (Abl. Nr. C 306/1 vom 17. Dezember 2007).
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980 (BGBl. 1986 II, S. 810) i.d.F. des 3. Beitrittsübereinkommens vom 29. November 1996 (BGBl. 1999 II, S. 7) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 70).
EWK/EØS	Europäischer Wirtschaftsraum/Det Europeiske Økonomiske Samarbejdsområde
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende, folgender
FAB	Tidsskrift for familierett, arverett og barnevernrettslige spørsmål
FamRÄndG	Familienrechtsänderungsgesetz vom 11. August 1961 (BGBl. I, S. 1221).
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587).
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FS	Festschrift/Festschrift (auch für Liber Amicorum, etc.)

<i>fsvl.</i>	Lov om forsvunne personer m. v. vom 23. März 1961 Nr. 1 – Verschollenheitsgesetz (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 1).
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1).
ggf.	gegebenenfalls
<i>Grl.</i>	Kongeriget Norges Grundlov (Grunnloven) vom 17. Mai 1814 – Grundgesetz für das Königreich Norwegen.
GS	Gedächtnisschrift (auch für Liber Memorialis, etc.)
Habil.	Habilitation
Hdb.	Handbuch
Hg.	Herausgeber
h.M.	herrschende Meinung
HR	Høyesterett (norw. oberster Gerichtshof)
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
hrsgg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HUntÜ	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973 (BGBl. 1986 II, S. 837) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 41).
I.C.J.Rep.	International Court of Justice, Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IGH	Internationaler Gerichtshof
insb.	Insbesondere
Int.Comp.L.Q.	The international and comparative law quarterly
Int.Enc.Comp.L.	International Encyclopedia of Comparative Law
<i>intprkjl.</i>	Lov om mellomfolkeleg-privatrettslige reglar for lausøyrekjøp vom 3. April 1964 Nr. 1 – Gesetz über das anwendbare Recht beim Mobiliargüterkauf.
IPR	Internationales Privatrecht/Internasjonal privatrett
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts vom 25. Juli 1986 (BGBl. 1986 I, S. 1142).
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts.
i.S.	im Sinne
i.V.	in Verbindung
JV	Jussens Venner
Kap.	Kapitel
KEntfÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25. Oktober 1980 (BGBl. 1990 II, S. 207) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 222).
krit.	kritisch
KSÜ	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern vom 19. Oktober 1996 (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 55).
lit.	littera

LoR	Lov og Rett
LPartG	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften vom 16. Februar 2001 (BGBl. 2001 I, S. 266).
LugÜ	Luganer Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988 (BGBl. 1994 II, S. 2660) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 152).
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MSA	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen vom 5. Oktober 1961 (BGBl. 1971 II, S. 217) (<i>Jayme/ Hausmann</i> , Nr. 54).
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
NADK	Konvensjon mellem Norge, Danmark, Finland, Island og Sverige om arv og dødsboskifte (den nordiske arve- og dødsbokonvensjon) vom 19. November 1934 – Nordische Nachlaßkonvention.
<i>navnel. 1964</i>	Lov om personnamn vom 29. Mai 1964 Nr. 1 – Namensgesetz 1964.
<i>navnel.</i>	Lov om personnavn (navneloven) vom 7. Juni 2002 Nr. 19 – Namensgesetz (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 9).
n.Chr.	nach Christus
n.F.	neue Fassung
NFK	Konvensjon mellem Norge, Danmark, Finland, Island og Sverige inneholdende internasjonal-privatrettslige bestemmelser om ekteskap, adopsjon, og vergemål med sluttprotokoll (den nordiske familierettskonvensjon) vom 6. Februar 1931 – Nordische Familienrechtskonvention (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Dänemark, Nr. 1; geänderte Artikel im Anhang zu dieser Arbeit).
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilsachen
NL	Kong Christian Den Femtis Norske Lov (Norske Lov) vom 15. April 1687.
NOU	Norges offentlige utredninger
<i>odl.</i>	Lov om odelsretten og åsetesretten (odelsloven) vom 28. Juni 1974 Nr. 58 – Gesetz über das Erbhof- und Anerbenrecht.
Ot.prp.	Odelstingsproposisjon
<i>partnl.</i>	Lov om registrert partnerskap vom 30. April 1993 Nr. 40 – Gesetz über die registrierte Partnerschaft (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 7).
PIL	Private International Law
prop.	Kunglig Majestäts eller regeringens proposition (<i>schwed.</i>)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAG	Gesetz über die Anwendung des Rechts auf internationale zivil-, familien- und arbeitsrechtliche Beziehungen sowie auf internationale Wirtschaftsverträge (Rechtsanwendungsgesetz) vom 5. Dezember 1975 (GBI. I Nr. 46, S. 748).
Rec.	Recueil des cours, Académie de Droit International de La Haye
rev.	revidiert

RG	Rettens Gang
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom I“) vom 17. Juni 2008 (ABl. EU 2008 Nr. L 177 S. 6) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 80).
Rom II-VO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“) vom 11. Juli 2007 (ABl. EU 2007 Nr. L 199, S. 40) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 101).
RP	Regeringens proposition till Riksdagen (<i>finn.</i>)
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
Rt.	Norsk Retstidende
S.	Satz, Seite
s.	siehe
SchLHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SGB I	Sozialgesetzbuch – Erstes Buch: Allgemeiner Teil vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I, S. 3015).
<i>sktl.</i>	Lov om skatt av formue og inntekt (skatteloven) vom 26. März 1999 Nr. 14 – Steuergesetz.
<i>sl.</i>	Lov om skifte (skifteloven) vom 21. Februar 1930 – Auseinandersetzungsgesetz (<i>Ferid/Firsching/Dörner/Hausmann</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 2).
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des (Europäischen) Gerichtshofes
SOU	Statens offentliga utredningar (<i>schwed.</i>)
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 (RGBl 1913, 583) (<i>Jayme/Hausmann</i> , Nr. 275).
StAR-VwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht vom 13. Dezember 2000.
<i>statsborgerl.</i>	Lov om norsk statsborgerskap vom 10. Juni 2005 Nr. 51 – Staatsangehörigkeitsgesetz.
StAZ	Das Standesamt – Zeitschrift für Standesamtswesen
str.	strittig
SvJT	Svensk juristtidning (<i>schwed.</i>)
TfR	Tidsskrift for Rettsvitenskap
<i>tingl.</i>	Lov om tinglysing vom 7. Juni 1935 Nr. 2 – Registergesetz
Tz.	Textziffer
<i>tvI.</i>	Lov om mekling og rettergang i sivile tvister (tvisteloven) vom 17. Juni 2005 Nr. 90 – Zivilprozessgesetz n.F.
<i>tvml.</i>	Lov om rettergangsmåten for tvistemål (tvistemålsloven) vom 13. August 1915 Nr. 6 (außer Kraft) – Zivilprozessgesetz a.F.
U	Ugeskrift for Retsvæsen (<i>dän.</i>)
u.a.	unter anderem, und andere
<i>uml.</i>	Lov om umyndiggjørelse vom 28. November 1898 – Entmündigungsgesetz.
UnthProt	Haager Protokoll über das auf Unterhaltsverpflichtungen anzuwendende Recht vom 23. November 2007 (engl./franz. Text: http://www.hcch.net)
Urt.	Urteil

<i>utl.</i>	Lov om utlændigers adgang til riket og deres ophold her (utlendingsloven) vom 24. Juni 1988 Nr. 64 – Ausländergesetz.
u.U.	unter Umständen
VerschG	Verschollenheitsgesetz vom 4. Juli 1939 (RGBl. I, S. 1186).
vgl.	vergleiche
<i>vgml.</i>	Lov om vergemål for umyndige (vergemålsloven) vom 22. April 1927 Nr. 3 – Vormundschaftsgesetz (<i>Bergmann/Ferid/Henrich</i> , Länderbericht Norwegen, Nr. 10).
VO	Verordnung
vorl.	vorläufig
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

„Wer sich bewußt wird, daß die Aufgabe des IPR nur vom Sachverhalt her begriffen werden kann, der muß sich auch den Rücken freihalten von doktrinären Deduktionen. Ob und in welchen Bereichen die Staatsangehörigkeit ein geeignetes Anknüpfungskriterium ist, das ist aber nicht etwa a priori, aus axiomatischen Deduktionen heraus, zu bestimmen, sondern allein aufgrund einer rechtsanwendungsrechtlichen Bewertung von Parteiinteressen, die typischerweise in dem jeweiligen Rechtsgebiet zu beachten sind, und dasselbe gilt für das Zusammenwirken der übrigen Grundbausteine der Anknüpfung ebenso.“

Von Bar/Mankowski, IPR Bd. I, § 6 Rn. 9

Einleitung

Seit geraumer Zeit entsteht unter dem Dach der Europäischen Union ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, in dem die Freizügigkeit der Unionsbürger zu den klassischen – früher rein marktbezogenen – Grundfreiheiten hinzugerückt ist. Diese Entwicklung hinterlässt auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts deutliche Spuren, am auffälligsten sicher bei der fortschreitenden Vereinheitlichung des internationalen Personen-, Familien- und Erbrechts in Verordnungen der Europäischen Union. Die Anforderungen an ein vereinheitlichtes Kollisionsrecht sind hoch: Ein europäisches Konzept der Anknüpfung des Personalstatuts muss sich in einem Rechtsraum mit ganz unterschiedlichen Rechtsordnungen und hoher Mobilität der Bürger bewähren. Nach den sich abzeichnenden Entwicklungen wird im Vergleich zum derzeitigen deutschen Kollisionsrecht nur wenig unverändert bleiben. Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit wird weitgehend entfallen oder zurückgestuft werden, und stattdessen wird nach dem Vorbild der Haager Übereinkommen der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmerkmal bevorzugt werden. Auch die Rechtswahl wird erheblich an Bedeutung gewinnen.

In dieser Situation mag es überraschen, wenn gerade vom norwegischen internationalen Privatrecht Anregungen für die europäische Entwicklung erwartet werden. Weder gehört Norwegen der Europäischen Union an – sein Einfluss kann in dieser Beziehung daher jedenfalls kein direkter sein, und es scheint eher umgekehrt, als werde Norwegen auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts als „stiller Teilhaber“ an der europäischen Integration partizipieren¹ –, noch spielt der gewöhnliche Aufenthalt im norwegischen Kollisionsrecht eine maßgebliche Rolle; entscheidend ist dort in der Regel der Wohnsitz einer Person (*Domizil*)². Hinzu kommt, dass das norwegische Kollisionsrecht im Hinblick auf die Anforderungen an ein „klassisches“ IPR nur wenig entwickelt ist: es entbehrt weitgehend geschriebener und ausdifferenzierter Regeln und lässt den Gerichten daher häufig freie Hand bei der Entscheidung von Fällen mit internationalem Bezug. Eine Wirkung des norwegischen internationalen Privatrechts auf

¹ In diese Richtung *Frantzen*, S. 475; *ders.*, JV 37 (2002), S. 73, 75.

² Sofern der Begriff *Domizil* in dieser Arbeit Verwendung findet, bezeichnet er ausschließlich den Wohnsitz einer Person, nicht auch deren gewöhnlichen Aufenthalt.

die internationale Rechtsentwicklung oder auch nur seine Wahrnehmung als mögliches Vergleichsobjekt sind kaum nachweisbar. Dass dies nicht allein mit der peripheren geographischen Lage Norwegens oder fehlender Kenntnis der Sprache zu erklären ist, lässt sich an vielen Beispielen kleinerer Staaten ablesen, deren Kollisionsrecht, etwa nach Neukodifikationen, weite Beachtung gefunden hat oder findet.

Diese Arbeit gründet, im Gegensatz zu dem soeben Ausgeführten, auf dem Gedanken, dass das norwegische Kollisionsrecht schon bisher – insbesondere durch seine Wirkung auf die skandinavischen Schwesterrechte – Spürbares geleistet hat und hierdurch auch das europäische Geschehen mittelbar beeinflussen wird. Dass Schweden und Finnland seit längerem ein „gemischtes System“ der Anknüpfung an Staatsangehörigkeit und Wohnsitz pflegen, welches sie zu Avantgardisten der aktuellen europäischen Entwicklung machen könnte, ist entscheidend der Auseinandersetzung mit dem dänischen und norwegischen Recht geschuldet. Die Nordischen Konventionen zum internationalen Privatrecht sind nach wie vor bereites Zeugnis dafür, wie die Existenz unterschiedlicher Anknüpfungsmerkmale zu innovativen kollisionsrechtlichen Lösungen inspirieren kann. Einiges, was die innerskandinavischen Übereinkommen seit einem dreiviertel Jahrhundert an inhaltlicher Durchdachtheit aufbieten, überragt die bisherigen Ansätze zu gemeinschaftsrechtlicher Regelung.

Die Beschäftigung mit dem norwegischen Kollisionsrecht lohnt sich aber auch deshalb, weil es selbst – und insbesondere die Frage der Anknüpfung des Personalstatuts – in den letzten Jahren mehr denn je Gegenstand einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung geworden ist. Gerade die Scheu vor europäischer Abkapselung und die Unzulänglichkeiten des geltenden Rechts scheinen dabei Antrieb und Quelle der Inspiration gewesen zu sein. Die im letzten Jahrzehnt erschienenen Arbeiten gehen durchweg pointiert rechtsvergleichend vor, so dass *Helge J. Thue* schon (mit nur leichter Übertreibung) von der „norwegischen Schule des internationalen Privatrechts“ gesprochen hat³. Gleichwohl erfolgt der Diskurs naturgemäß vor dem Hintergrund der Anknüpfung an den Wohnsitz, dessen Berechtigung als Anknüpfungsmerkmal gegenüber dem gewöhnlichen Aufenthalt gern hervorgehoben wird. Das norwegische internationale Privatrecht präsentiert sich nach seiner jüngsten Selbstentdeckung also als farbenfrohes und ideenreiches Anschauungsobjekt, so dass der rechtsvergleichende Faden auch am anderen Ende aufgegriffen und die Vorzüge und Nachteile der Wohnsitzanknüpfung aus einem gegenüberliegenden Blickwinkel betrachtet werden sollen⁴.

³ *Thue*, IPR, Einl. G.

⁴ Vgl. bereits *Kreitlow*, Das domicile-Prinzip im englischen IPR, 2003.

Die Arbeit stellt in einem *ersten Teil* (Grundlagen) die historischen und methodischen Voraussetzungen des norwegischen und deutschen internationalen Privatrechts dar. Im *zweiten Teil* (Anknüpfungskriterien) wird untersucht, auf welche Art und Weise das norwegische und deutsche internationale Privatrecht allgemein zu gewährleisten versuchen, dass auf die persönlichen Rechtsverhältnisse einer Person eine Rechtsordnung angewandt wird, zu der die Person hinreichend enge Verbindungen hat. Hierzu gehören vor allem die jeweils maßgeblichen Anknüpfungsbegriffe sowie die allgemeinen Lehren des internationalen Privatrechts. Im *dritten Teil* (Anknüpfungsgegenstände) folgt der Vergleich der einzelnen Regeln des internationalen Personen-, Familien- und Erbrechts. Um die Lesbarkeit des Haupttextes nicht zu erschweren und zugleich die Authentizität von Zitaten zu wahren, finden sich aus dem Norwegischen übersetzte, in Anführungszeichen gesetzte Passagen in ihrem originalen Wortlaut in den Fußnoten wieder.

Erster Teil

Grundlagen

1. Kapitel

Die Anknüpfung des Personalstatuts in der Geschichte

A. Das System der persönlichen Rechte

Unter der Völkerwanderung führten die Germanen ihr Stammesrecht mit sich. Wo sie sich niederließen, galt das Recht, das ihr Personenverbund sich gesetzt hatte¹. Ein System der Anwendung personalen Rechts, verstanden als Regelungsmechanismus zwischen den Rechten der Einwanderer und der Ansässigen, trat hingegen erst dort auf, wo Römer und Germanen miteinander in Berührung kamen². Das römische Recht unterschied zwischen dem auf Römer anwendbaren *ius civile* und dem für Nicht-Römer geltenden *ius peregrinus*. Diese Unterscheidung entwickelte sich im Frankenreich zu einer allgemeinen Ordnung der Anwendung personalen Rechts fort. Konflikte zwischen den einzelnen Stammesrechten wurden mit Zuordnungsregeln gelöst³. Vermehrt begegnete man ihnen überdies mit Notariatsurkunden, in denen der einzelne sein Stammesrecht öffentlich kundtat (*professio iuris*)⁴.

Auf der *skandinavischen Halbinsel* war man indessen zu weit von Rom entfernt, um an dieser Entwicklung teilzuhaben. Unter den dort ansässigen germanischen Stämmen galt ein essentiell personales Recht ohne jede Handhabe, wie mit Fremden verfahren werden sollte⁵. Fremde waren daher in der Regel „Friedlose“. Wer nicht Mitglied der Rechtsgemeinschaft („logunautar“) war, durfte ausgeraubt oder getötet werden. Streifzüge der Wikinger unter fremden Völkern (ca. 800–1000 n. Chr.), begünstigt durch die Schwäche der dort vorhandenen Reiche, waren rechtmäßiges Gewerbe⁶. Das Stammesrecht war personal, verstanden als Ausdruck der von jeher währenden Tradition des eigenen Verbundes, nicht im Sinne eines

¹ Allgemeine Überblicke zur Geschichte der Anknüpfung des Personalstatuts bei Kegel/Schurig, S. 163 ff. (§ 3 II); von Bar/Mankowski, I § 6 Rn. 1 ff.; Laube, S. 5 ff.; Gollrad, S. 8 ff.; de Winter, Rec. 128 (1969), III S. 347 ff., in „skandinavischer“ Sprache bei Boye, TfR 1902, S. 46, 53 ff.; Gjelsvik, S. 120 ff.; Gihl, S. 42 ff. und Thue, Tz. 15 ff.; vgl. zur personalen Anknüpfung auch F. Sturm, HRG Bd. III, „Personalitätsprinzip“.

² Guterman, S. 320

³ Vgl. Guterman, S. 159 ff.

⁴ Beispiele hierfür bei Kegel/Schurig, S. 164 (§ 3 II).

⁵ Robberstad, S. 22.

⁶ Sunde, S. 39.

dem Individuum anhaftenden Rechts – die Stammesmitglieder waren an ihr Recht gebunden und das Recht an sie⁷.

B. Territorialisierung des Rechts

Die zunehmende Territorialisierung des Rechts ging in Europa mit der Feudalisierung der Gesellschaft einher, ist der Feudalismus doch ganz auf die Rechtsverhältnisse an Grund und Boden zugeschnitten. Parallel hierzu entstand eine Gerichtsbarkeit, in der die übergeordneten Gerichte unterschiedliche Gewohnheitsrechte mit Geltung für den jeweiligen Gerichtsbezirk herausbildeten⁸.

In Norwegen ist eine allmähliche Territorialisierung des Rechts mit Beginn der Sammlung des Reiches durch *Harald Hårfagre* (Regierungszeit [vor 900]–931 n. Chr.) und der wachsenden Verantwortung des Königtums, das Reich zu befrieden, festzustellen⁹. Etwa ab dieser Zeit erhielten die zentralen ting-Versammlungen, die sich bislang auf kleinere regionale Teilstaaten („fylker“) bezogen, in den Ortschaften Guli (im Westen), Frosta (im Norden), Borg (im Süden) und Eid (im Osten) ein übergeordnetes Lagting. *Ting* bezeichnete zunächst die Versammlung der Bauern und Landbesitzer, auf der an einem festgesetzten Tag im Jahr in einem geordneten Verfahren Rechtsprechung gehalten wurde, meist auf einem größeren Gutshof. Später wurde das *ting* mehr und mehr zu einem Organ der Gesetzgebung¹⁰.

So entstanden vier unterschiedliche Provinzialrechte, die erst im Landsloven des Königs *Magnus Lagabøter* („Gesetzesverbesserer“) von 1274 vereinheitlicht wurden. Ausgetragen wurden insbesondere Streitigkeiten um den Landbesitz der Bauern; man verhandelte Erb- und Teilungsfragen oder Miet- und Kaufrecht an Grund und Boden¹¹. Das Königreich, das *Håkon V* 1319 hinterließ, war eines der am strengsten organisierten des gesamten mittelalterlichen Europas. Ein gemeinsames Recht galt für das gesamte Reich. Die Erbfolge war gesetzlich geregelt. Die Verwaltung, die zuvor entlang der feudalen Linien an die Aristokratie und die Kirche delegiert worden war, lag fest in der Hand der Krone. Örtliche Selbstver-

⁷ Guterman, S. 33 und 317.

⁸ Für die französischen Gewohnheitsrechte (coutumes) Meijers, Rec. 49 (1934), III S. 543, 619; vgl. de Winter, Rec. 128 (1969), III S. 347, 363.

⁹ Vgl. Thue, Tz. 17.

¹⁰ Sunde, S. 87 ff. Zu Struktur der *ting*-Versammlungen und Inhalt der Gesetzestexte vgl. Taranger, S. 21 ff. und 48 ff. sowie Wolf, in: Coing, Hdb. Privatrechtsgeschichte, I S. 773 ff. – Heute findet sich der Ausdruck sowohl in den Bezeichnungen der Berufungsgerichte *Gulating* (Bergen), *Frostating* (Trondheim), *Borgarting* (Oslo) und *Eidsivating* (Hamar), als auch des norwegischen Parlaments *Storting* mit seinen beiden Kammern *Odelsting* und *Lagting* (GrI. § 49).

¹¹ Gunnes, in: Mykland (Hg.), Norges historie II (1976), S. 291 f.

waltung wurde von königlichen Beamten und der Rechtsprechung streng überwacht¹².

In der „Außenpolitik“ war es dagegen wohl lange bei einer personalen Auffassung des Rechts (im engeren Sinne) geblieben: Fremde wurden nur geschont, wenn der König im Frieden mit ihnen stand¹³. Nachdem *Olav der Heilige* (Regierungszeit 1015–1028) das Christentum eingeführt hatte, durften christliche Länder nicht mehr verheert werden. Kreuzzüge gegen heidnische Völker blieben bis ca. 1100 n. Chr. die Regel. Isländer hatten in Norwegen stets einen privilegierten Stand.

C. Die Statutentheorie

Die Auffassung einer territorialen Geltung des Rechts erhielt im Oberitalien des 14. Jahrhunderts seinen wissenschaftlichen Überbau. Ein aufkommender betriebsamer Verkehr unter den Städten, die sich neben dem ihnen gemeinen römischen Recht eigene Satzungen (*statuta*) gegeben hatten, erforderte eine Antwort auf die Frage nach der Anwendung fremden Rechts. Eine sich etablierende Zivilrechtslehre nahm diese schöpferisch auf. Die Statutenlehre führte dazu, dass in persönlichen Angelegenheiten das Recht der Körperschaft angewandt wurde, auf deren Territorium die Person ihren Wohnsitz hatte¹⁴. Die Vererbung richtete sich nach dem letzten Wohnsitz des Erblassers, im Ehegüterrecht wurde die *lex domicilii* des Mannes angewandt, sofern nicht jeweils – wie bei Immobilien – zwingende Bestimmungen der *lex rei sitae* entgegenstanden¹⁵.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein war die Anknüpfung an den Wohnsitz auf dem Kontinent allgemein verbreitet. Es gab keinen Grund, zwischen Einwohnern und Untergebenen der Staatsgewalt zu unterscheiden. Ohne nennenswerte politische Rechte bedurfte es keines durchnormierten Staatsangehörigkeitsbegriffs. Insoweit auf die Staatsangehörigkeit Bezug genommen wurde, ergab sie sich aus dem Wohnsitz¹⁶. Da in den meisten Staaten Europas keine Rechtseinheit bestand, war bei Konflikten zwischen deren einzelnen Rechtsordnungen der Wohnsitz ausschlaggebend. So lag es auf der Hand, eben dieses Anknüpfungsmerkmal auf Verhältnisse mit

¹² Vgl. *Blom*, I S. 64–67. Ironischerweise erleichterte gerade die äußerste Zentralisierung der norwegischen Regierungsgewalt den Dänen 1380, die Macht über Norwegen für über 400 Jahre (bis 1814) zu erringen, *Blom*, II S. 822.

¹³ *Robberstad*, I S. 22.

¹⁴ Die Entwicklung erfolgte unter zahlreichen Pendelbewegungen zwischen Personalität und Territorialität. „Das Pendel schlug stärker in Richtung Territorialität, wenn die *statuta realia* ausgedehnt wurden, bei Übergewicht der *statuta personalia* stärker in Richtung Personalität“, von *Bar/Mankowski*, I § 6 Rn. 26.

¹⁵ Von *Bar/Dopffel*, II S. 6 ff., mit Hinweisen auf die dt. Literatur dieser Zeit.

¹⁶ *Makarov*, S. 101 ff.; *de Winter*, Rec. 128 (1969), III S. 347, S. 366; vgl. *Boye*, TFR 1902, S. 46, 67.